

Preussische Geheime Staatspolizei.

Berlin, den 8. August 1936.

Geheimes Staatspolizeiamt.

B.Nr. I H 38/35.

Beglaubigte Abschrift.

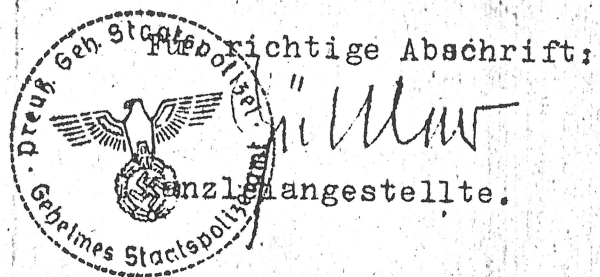
Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 (RGBl. I S. 293) in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 (RGBl. I, S. 479) und der Preussischen Ausführungsverordnung vom 31.5.1933 (GS. S. 207) werden die von früheren Angestellten des ehemaligen Freidenkerverbandes e.V. (Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung e.V.) erhobenen Ansprüche gegen die "Vaterländische Volksversicherung", Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit zu Berlin auf Zahlung von Abfindungen, und zwar von

Hedwig Neumann Berlin O. 34, Liebauerstr. 2 b. Schade,
in Höhe von 936,-- RM

zugunsten des Preussischen Staates eingezogen.

I. V.

gez. Dr. Best.



Handwritten signature